

Wie Israel die Zuständigkeit des IStGH umgeht

Was wäre, wenn der Internationale Strafgerichtshof (IStGH), der mit der Verfolgung der schlimmsten Verbrechen der Welt beauftragt ist, gegenüber der listigen Ausweichmanöver einer Nation machtlos wäre? Israel hat das Prinzip der Komplementarität des IStGH in einen Schutzschild verwandelt, der unabhängige Ermittlungen durch Scheinuntersuchungen behindert. Dieser Aufsatz deckt auf, wie Israel diese rechtliche Lücke ausnutzt, ein doppeltes Justizsystem durchsetzt, das gewalttätige Siedler gegenüber unterdrückten Palästinensern bevorzugt, und sich auf US-Sanktionen stützt, die IStGH-Richter über das SWIFT-System, Mastercard/Visa und No-Fly-Listen lahmlegen. Die Massaker an Hind Rajab und den Sanitätern in Rafah zeigen die Tiefe dieser Strategie und fordern dringende internationale Maßnahmen.

Ausnutzung des Komplementaritätsprinzips

Das Komplementaritätsprinzip des IStGH, verankert in Artikel 17 des Römischen Statuts, erlaubt ein Eingreifen nur dann, wenn ein Staat „nicht willens oder nicht in der Lage“ ist, Verbrechen innerhalb seiner Zuständigkeit ernsthaft zu verfolgen. Israel nutzt diese Vorschrift zynisch aus, indem es oberflächliche interne Ermittlungen durchführt, die als Fassade dienen, um die Aufsicht des IStGH zu vereiteln. Die Massaker an Hind Rajab im Januar 2024 und an den Sanitätern in Rafah am 23. März 2025 verdeutlichen diese Taktik. Im Fall von Hind Rajab bestritt die IDF zunächst jegliche Beteiligung und behauptete, es seien keine Truppen in der Nähe des Ortes gewesen, wo ein sechsjähriges Mädchen und ihre Familie durch Panzerfeuer getötet wurden und ein zur Rettung entsandter Krankenwagen zerstört wurde, wobei zwei Sanitäter starben. Erst nachdem Videobeweise und unabhängige Ermittlungen von Forensic Architecture die Verantwortung eines IDF-Panzers bewiesen, gab die IDF „Fehler“ zu, aber es folgten keine strafrechtlichen Anklagen – nur eine vorläufige Überprüfung entlastete die Soldaten von jeglichem Fehlverhalten. Ähnlich verhielt es sich beim Rafah-Massaker, bei dem die IDF fälschlicherweise behauptete, humanitäre Fahrzeuge seien „verdächtig“ und mit der Hamas verbunden, was zur Tötung von 15 Hilfskräften, darunter Mitarbeiter des PRCS und der UN, in einem exekutionsartigen Angriff führte. Videoaufnahmen widerlegten später diese Darstellung und zwangen die IDF, Fehler einzugestehen, aber die Untersuchung vom 20. April 2025 endete mit bloßen Feststellungen von „beruflichem Fehlverhalten“, wobei ein stellvertretender Kommandeur abgesetzt und ein anderer disziplinarisch bestraft wurde, ohne strafrechtliche Verantwortung.

Diese Ermittlungen sind weder unabhängig noch gründlich, da sie auf eigennützigen Aussagen von Soldaten beruhen, während Beweise der Opfer und Menschenrechtsberichte ignoriert werden. Das Muster der IDF – nach dem Gaza-Krieg 2008-2009 wurden 47 Untersuchungen eingeleitet, mit weniger als 1 % Anklagen – unterstreicht ihre Unwilligkeit, ernsthaft zu verfolgen. Israel stellt zudem die Autorität des IStGH infrage, indem es die Staatlichkeit Palästinas trotz dessen Beitritts zum Römischen Statut im Jahr 2015 bestreitet,

eine Haltung, die von der Vorverfahrenskammer I am 21. November 2024 zurückgewiesen wurde, als sie die Zuständigkeit bestätigte und Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant ausstellte. Die jüngsten US-Sanktionen gegen IStGH-Richter, die am 5. Juni 2025 von Außenminister Marco Rubio angekündigt wurden, verschärfen diese Ausweichmanöver. Diese Maßnahmen, die sich gegen die Richter Solomy Balungi Bossa, Luz del Carmen Ibáñez Carranza, Reine Adelaide Sophie Alapini Gansou und Beti Hohler richten, blockieren US-Vermögenswerte und verhängen Reiseverbote, was vermutlich ihre Bankkonten über das SWIFT-Netzwerk einfriert und Mastercard/Visa-Dienste aussetzt, wie es bei der gestörten Zugangsmöglichkeit von Ankläger Khan zu sehen war. Diese Unterstützung der USA, die auf Souveränitätsansprüchen basiert, verzögert IStGH-Verfahren und zementiert Israels Ausweichmanöver als vorsätzlichen Missbrauch der Komplementarität, um der Gerechtigkeit für dokumentierte Gräueltaten zu entgehen.

Unterschiedliche Justizstandards: Palästinenser vs. gewalttätige Siedler

Das israelische Justizsystem fungiert als Instrument der Unterdrückung und setzt ein doppeltes rechtliches Regime durch, das den Auftrag der Vierten Genfer Konvention für gleichen Schutz in besetzten Gebieten verletzt. Palästinenser, einschließlich Kinder ab 12 Jahren, unterliegen einem militarisierten Gerichtssystem, das geringfügige Vergehen wie Steinewerfen mit drakonischen Maßnahmen bestraft. Defense for Children Palestine berichtet, dass jährlich 500-700 Kinder inhaftiert werden, die Gewalt, Einzelhaft und erzwungene Geständnisse ohne rechtliche Vertretung erleiden, wie in einem Bericht von Human Rights Watch aus dem Jahr 2015 über Misshandlungen durch Sicherheitskräfte dokumentiert. Im Jahr 2022 wurden 137 Kinder inhaftiert, und 2023 kam es zu einem tödlichen Anstieg, einschließlich Scharfschützenmorden an Minderjährigen, wie in einer Enthüllung von The Guardian 2024 berichtet. Diese Fälle führen oft zu Gefängnisstrafen, was gegen die Konvention über die Rechte des Kindes verstößt.

Im krassen Gegensatz dazu operieren gewalttätige israelische Siedler – über 700.000 im Westjordanland – unter Zivilrecht und genießen Straffreiheit für Landraub und Angriffe. Der Bericht von B'Tselem aus dem Jahr 2021, „Ein Regime der jüdischen Vorherrschaft“, beschreibt detailliert, wie Siedler, bewaffnet und von IDF-Außenposten unterstützt, über 50 % des Landes im Westjordanland durch Brandstiftung, Schläge und Morde an sich reißen. Der Brandanschlag in Duma 2015, bei dem eine palästinensische Familie getötet wurde, führte nach jahrelangen Verzögerungen zur Verurteilung eines Siedlers, während andere der Justiz entkamen. Der Bericht von Addameer aus dem Jahr 2023 bestätigt, dass Militärgerichte Siedler ausschließen, die von milden zivilen Verfahren oder gar keinen profitieren, während das Oberste Gericht Landbeschlagnahmungen als „Sicherheitsmaßnahmen“ absegnet. Diese Ungleichheit verfestigt ein System der rassistischen Vorherrschaft, eine klare Verletzung der Definition von Apartheid im Römischen Statut.

Fallstudien: Massaker an Hind Rajab und Rafah-Sanitärern

Die Massaker an Hind Rajab und den Rafah-Sanitärern sind verdammenswerte Beispiele für Israels Ausweichmanöver. Im Januar 2024 wurden Hind, ein sechsjähriges Mädchen, und ihre Familie durch IDF-Panzerfeuer in Gaza-Stadt getötet, und ein Rettungsversuch eines Krankenwagens wurde ebenfalls angegriffen, wobei die Sanitäter Yousef Zeino und

Ahmed al-Madhoun starben. Die IDF log und behauptete, keine Truppen seien vor Ort gewesen, bis eine Untersuchung von Forensic Architecture 2024, unterstützt durch Video- und Audibeweise, das Gegenteil bewies und zeigte, dass der Panzer aus 13-23 Metern Entfernung feuerte. Es folgten keine strafrechtlichen Anklagen – die Soldaten wurden unter dem Vorwand „beruflichen Fehlverhaltens“ entlastet. Ebenso tötete der Angriff in Rafah am 23. März 2025 15 Hilfskräfte, darunter PRCS- und UN-Mitarbeiter, bei einem Angriff auf Krankenwagen und ein UN-Fahrzeug. Die IDF behauptete fälschlicherweise Verbindungen zur Hamas, aber Videobeweise von einem Sanitärer-Handy enthüllten die Lüge und zeigten Fahrzeuge unter Beschuss mit eingeschalteten Lichtern. Die Untersuchung vom 20. April 2025 fand nur „berufliche Versäumnisse“, setzte einen stellvertretenden Kommandeur ab, ohne strafrechtliche Haftung, obwohl Autopsien vorsätzliche Tötungen bestätigten.

Diese Fälle verdeutlichen Israels Muster: lügen, bis unwiderlegbare Beweise auftauchen, dann Scheinuntersuchungen durchführen, um die Täter zu entlasten, und die Komplementarität ausnutzen, um die Zuständigkeit des IStGH zu blockieren. US-Sanktionen gegen IStGH-Richter, die deren finanzielle und reisetchnische Möglichkeiten einschränken, verfestigen diese Straffreiheit weiter und machen den Gerichtshof handlungsunfähig.

Rechtliche Grundlage und internationale Auswirkungen

Israels Handlungen verstoßen gegen die Apartheid-Konvention und das Römische Statut, die Apartheid als systematische Unterdrückung einer Rassengruppe durch eine andere definieren. Berichte von Human Rights Watch 2021 und Amnesty International 2022 schlussfolgern, dass Israels Politik diese Schwelle erfüllt, und verweisen auf diskriminierende Gesetze, Bewegungseinschränkungen und Tötungen. Der Sonderberichterstatter der UN bestätigte 2022 Apartheid in den besetzten Gebieten, eine Feststellung, die Israel als politisch zurückweist. Die Unfähigkeit des IStGH, diese Scheinuntersuchungen zu übergehen – trotz der Haftbefehle von 2024 – wird durch US-Sanktionen verschärft. Das SWIFT-Netzwerk unter US-Jurisdiktion zwingt globale Banken, die Konten der Richter einzufrieren, während Mastercard/Visa Kreditdienste aussetzt und die Aufnahme in No-Fly-Listen Reisen einschränkt, wie im Fall von Khan zu sehen. Der IStGH und die UN verurteilen dies als Angriff auf die Gerechtigkeit, während die EU einen Sperrstatut vorschlägt, doch Israels Ausweichmanöver bestehen fort.

Israels Umgehung der Zuständigkeit des IStGH ist eine kalkulierte Strategie, die die Komplementarität missbraucht, um ein zweistufiges Rechtssystem aufrechtzuerhalten, das Palästinenser unterdrückt, während es Siedler und Soldaten schützt. Die Massaker an Hind Rajab und Rafah, mit ihren aufgedeckten Lügen und der Freisprechung von Schuld, sowie die US-Sanktionen, die IStGH-Richter lahmlegen, sind unwiderlegbare Beweise für dieses Regime. Die internationale Gemeinschaft muss handeln – unabhängige Ermittlungen fordern, Gegensanktionen verhängen und IStGH-Haftbefehle durchsetzen –, um diese apartheidähnliche Struktur abzubauen und den Opfern Gerechtigkeit zu bringen.